

Wo steht der Feind?

Die Euphorie der großen Reformen, der verbesserten Lebensqualität und des sozialen Volksstaates, die uns die "sozial-liberale" Koalition bringen wollte, hat sich in blauen Dunst aufgelöst.

Was von den lautstark versprochenen Reformen wirklich durchgeführt wurde, war so kläglich, daß die eine Hand wieder nahm, was die andere gab; die verbesserte Lebensqualität besteht darin, daß der Herr Wirtschaftsminister uns warnt, die Zimmer zu lüften und daß die Heizkostennachzahlungen für den letzten Winter zusammenfallen mit den Heizkostenvorauszahlungen für den kommenden. Gewiß eine bemerkenswerte Verbesserung der Lebensqualität!

Dazu wächst die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter in solch erschreckendem Maße, daß sogar der sonst so optimistische Herr Stingl (Bundesanstalt für Arbeit) schwere Bedenken äußert. Die Preise der notwendigsten Lebensmittel steigen von Tag zu Tag, ohne daß inzwischen etwa "unangemessene" Lohnerhöhungen stattgefunden hätten, seien sie über oder unter 10 %.

Auf der anderen Seite wachsen die Profite der großen Konzerne ins Ungeheure. Trotz Arbeitslosigkeit, Teuerung und Absatzstockung häuft das Monopolkapital immer größere Gewinne, die durch keine Konkurrenz mehr reguliert und begrenzt werden.

Der Angriff auf den vom deutschen Arbeiter in den letzten 20 Jahren erreichten Lebensstandard hat begonnen und das Gerede von Sozialpartnerschaft und ständig steigender Lebenshaltung erweist sich als demagogisches Geschwätz.

Um die Lebenshaltung des Arbeiters, des Angestellten und des Beamten vor noch immer tieferem Abgleiten zu bewahren, gilt es, die Macht des Monopolkapitalismus zu brechen. Dort steht der Feind, der bekämpft werden muß! Was aber sehen wir?

Vom rechten Flügel der CSU bis zum rechten Flügel der SPD, von Strauß und Kohl, von Carstens und Stoltenberg, von Genscher und Friderichs, von Schmidt bis Brandt einhellige Ablehnung, die Macht der Monopole zu brechen, ihren Einfluß zu beschränken.

Vertröstungen, Appelle zum Maßhalten nach bekanntem Erhard'schen Vorbild, tiefsinnige Belehrungen darüber, daß es nicht immer aufwärts gehen kann - das ist es, was dem Arbeiter von allen Seiten geboten wird. Und da ist im Grunde zwischen der CDU/CSU, den Demokraten à la Genscher und den rechten SPD-Leuten wie Leber, Schmidt und Brandt kein wesentlicher Unterschied.

Die Arbeitnehmer müssen begreifen, daß Reden und Versprechungen, daß Beteuerungen und Verheißungen der po-

litischen Führer nichts an den Dingen ändern. Sie können nur geändert werden durch die solidarische Haltung, durch gemeinsamen Kampf und selbständiges Handeln derer, um deren Haut und Kopf es geht.

Ihr habt die Macht in Händen,
Wenn Ihr nur einig seid!

Akuter Lehrermangel in Bremen – nur Planungsfehler?

Lehrer und Eltern sind am Anfang dieses Schuljahres aufgeschreckt worden, als an mehreren Schulen, besonders den neuen Schulzentren, erheblich zu wenig Lehrer waren, und von den umliegenden Grundschulen deshalb Lehrer zwangsweise abgezogen werden mußten. Kleine Löcher wurden aufgerissen, um die großen wenigstens teilweise stopfen zu können. "Bestraft" mußte sich besonders die Schule fühlen, in denen nur durch Überstunden der Lehrer voller Unterricht gegeben werden konnte, die also nach außen hin die heile Welt der Schule zeigte. Proteste von Lehrerkollegien und Elternsprechern in Form von Leserbriefen in den Bremer Tageszeitungen und Gesprächen mit der Schulbehörde änderten da nichts. Der entgegen den Voraussagen der Schulverwaltung ("Lehrerschwemme") eingetretene akute Lehrermangel erforderte Zwangsmaßnahmen. Lehrer und Eltern schimpften auf die ihrer Meinung nach unfähige Personalstelle beim Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst, der falsche Planung vorgeworfen wurde. Während die Forderungen der Elternseite in personellen Konsequenzen, die der Lehrer in der Schaffung besserer technischer Voraussetzungen für die Planung in der Personalabteilung gipfelte, schob die Behörde die Schuld zuerst auf die Junglehrer, die ihren Dienst statt in Bremen in Niedersachsen angetreten hatten, (weil sie hier nicht länger auf ihren Einstellungsbescheid warten wollten) und dann auf die Schulleiter, die angeblich mit zu hohen Schülerzahlen die Berechnungen durcheinandergebracht hatten.

Selbstverständlich versuchte auch hier wieder die CDU im Trüben zu fischen und Propaganda gegen die SPD zu machen.

Die Schuld am akuten Lehrermangel ist nicht in mangelnden Fähigkeiten des Personalreferenten zu suchen, und auch nicht darin, daß er nur mit Radiergummi und Bleistift arbeitet. Die Ursache für die Misere finden wir, wenn wir den Blick etwas weiten auf den gesamten öffentlichen Dienst.

Am 17.9.1974 brachte der WK die Meldung "SPD-Chef Scherf: 'Für 1300 neue Mitarbeiter im öffentlichen Dienst haben wir kein Geld.'" Und am 25.9.74 konnten wir lesen, "SPD sperrt für 1975 rund 600 neue Stellen". Der Bildungssektor sollte zwar nach den Worten des SPD-Fraktionschefs Franke ausgenommen werden, was diese Worte jedoch wert sind, zeigt Hamburg, wo die Senatoren Eckström und Seeler ihre Bediensteten per Brief auf Einsparungen im Personalbereich vorbereiten. Sie schreiben u.a.: "In allen Bereichen werden wir mit größeren Abstrichen oder zeitlichen Verschiebungen rechnen müssen. Das gilt für den Schulsektor ebenso wie für die Bezirksverwaltungen, die Rechtspflege oder die anderen Fachbereiche ..." Die in konkrete Beschlüsse umgesetzte konjunkturpolitische Zielsetzung des Senats verlangt von den Bürgern und von

den Mitarbeitern im öffentlichen Dienst ein hohes Maß an Einsicht. Der Bürger wird manche Erwartungen auf weitere Verbesserungen der staatlichen Leistungen zurückschrauben und auch mit Aufgabeneinschränkungen rechnen müssen. Auf die Mitarbeiter werden in den nächsten Jahren erhöhte Anforderungen zukommen ..."

So ist die SPD dabei, die sich entwickelnde Krise des Kapitalismus zu bekämpfen: auf dem Rücken der arbeitenden Massen, der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Die Sparprogramme sind nur der erste Schritt zu weiterem Abbau der Sozialleistungen.

In Bremen wird im Bildungssektor noch Versteck gespielt, die Behörde schiebt noch Sündenböcke vor. In Hamburg wird bereits Fraktur geredet.

Von der Schwierigkeit linker Gewerkschaftsarbeit

GEW Bremen

Die politischen Auseinandersetzungen in den Gewerkschaften, die mit dem Aufklaffen der gesellschaftlichen Widersprüche in der BRD entbrannt sind, zeigen sich in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in allen Gliederungen.

Dabei kommt es wie in den anderen Gewerkschaften immer wieder zu Maßregelungen aktiver linker Mitglieder. Welche Blüten es treiben kann, wenn versucht wird, das Problem formalistisch in den Griff zu bekommen, zeigt der Beitrag des Lehrers Jan Bücking in der Bremer Lehrerzeitung Nr.5/74: "Was heißt gewerkschaftsschädigendes Verhalten?"

Bücking versucht in 15 Punkten die Möglichkeiten gewerkschaftsschädigenden Verhaltens erschöpfend zu erfassen. Dieses Vorgehen verrät mechanistisches Denken. Satzungen und ihre Auslegungen sind stets Ausdruck der Kräfteverhältnisse, Auseinandersetzungen um Maßregelungen müssen deshalb politisch geführt werden, zumal sozialdemokratische Vorstände nicht die geringsten Skrupel haben, die Satzung im eigenen Sinne zu interpretieren oder zu ändern, wenn Linke mundtot gemacht werden sollen.

So scheut sich der von Sozialdemokraten besetzte GEW-Landesvorstand nicht, Aktivitäten von Ortsvereinen per eigener Auslegung der Satzung zu Landesangelegenheiten zu erklären und sie damit zu unterbinden. Ebenso hatte vor der Spaltung des Ortsvereins VBLL der alte sozialdemokratische Vorstand bei seiner Absicht, die Satzung so zu verändern, daß die Linke ausgeschaltet wird, keine Skrupel. Aber auch nach dem von Bücking aufgestellten Katalog ist es eine Frage der jeweiligen Auslegung und damit der Machtverhältnisse in der Gewerkschaft, ob linke Kollegen aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden. So kann z.B. sein Punkt 10 nach Belieben interpretiert werden: "Gewerkschaftsschädigend" kann handeln, wer

10. politische Gruppierungen, deren Angehörige die gewerkschaftliche Arbeit mittragen, auf gewerkschaftlichen Sitzungen oder Veranstaltungen oder in gewerkschaftlichen Materialien pauschal angreift oder diskriminiert".

Zur Konkretisierung sei hier erinnert an den Winter 1973/74. In dieser Zeit trafen sich die Vertrauensleute der drei Stadtbremischen Ortsvereine, um Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen in punkto Lehrerausbildung und -besoldung zu beschließen und deren Durchführung zu organisieren. Der abgespaltene Ortsverein VBLE zog sich sehr bald mit der formalen Begründung zurück, diese Versammlung sei kein satzungsgemäßes Organ. Sie verlagerten ihre "Aktivitäten" lieber aufs Verhandeln. Dieses Verhalten ist typisch für sozialdemokratische Politiker. Sie können die Mobilisierung von Mitgliedern nicht unterstützen und vorwärtsstreben, weil sie Gefahr laufen, die Kontrolle über die Bewegung zu verlieren und damit ihre eigene Position als Verhandlungspartner gegenüber der Behörde untergraben.

Nach der Aufzählung von 15 Punkten über gewerkschaftsschädigendes Verhalten verleitet historische Unkenntnis Bücking zu einem falschen Verständnis der Einheitsgewerkschaft: "Ich gehe aber davon aus, daß die Einheitsgewerkschaft nach 1945 durch den Zusammenschluß von Sozialisten verschiedener Richtung mit bürgerlichen Demokraten, die im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung eine Besserstellung der Lohnabhängigen anstreben, aus der Erfahrung der gemeinsam erlittenen faschistischen Unterdrückung und der Erkenntnis, daß die Gewerkschaften nicht nur "wirtschaftliche Vereinigungen", sondern auch i.w.S. politische Organisationen sein müssen, entstanden ist, und ihre Gemeinsamkeit auch weiterhin - trotz vieler Versuche, diese Tendenz zu verwässern - primär aus der Abgrenzung gegen den Faschismus und seine Vorformen gewinnt".

Die Gewerkschaften, die nach 1945 geschaffen wurden, haben einen ganz anderen Ursprung. Sie sind nicht das Ergebnis der Kämpfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Als die Besatzungsbehörden sich vergewissert hatten, daß sie genügend zuverlässige alte Gewerkschaftsbürokraten an die Spitze der Gewerkschaften setzen könnten, gaben sie die Erlaubnis zur Gründung von Gewerkschaften. Dabei leisteten amerikanische und britische Gewerkschafter in den Westzonen und die Sowjetgewerkschaften in der Ostzone Hebammdienste. Die reformistischen Gewerkschafter der Westzonen vereinigten sich mit den christlichen. Das wurde und wird als "Einheit der Gewerkschaften" ausgegeben. Der Form nach wurden Industrieverbände geschaffen, ein Ziel der kämpfenden Gewerkschaften vor 1914, das damals nicht verwirklicht werden konnte, weil die Traditionen der Berufsverbände, die jahrzehntelang die Gewerkschaften geführt hatten, nicht leicht zu überwinden waren. In den 12 Jahren des Hitlerfaschismus wurden mit den Gewerkschaften auch diese Traditionen ausgelöscht. Das Firmenschild der neuen Gewerkschaften konnte also auf modernste plakatiert werden: Industrieverbände, zusammengefaßt im DGB. Was geschaffen wurde, ist ein Rahmen - ohne den klassenbewußten gewerkschaftlichen Inhalt.

Von falschen Voraussetzungen ausgehend entwickelt Bücking Vorstellungen von einer Einheitsgewerkschaft, die fragwürdig sind: "Einheitsgewerkschaft heißt, daß der Organisation Anhänger verschiedener politischer Richtungen angehören, die in der jeweils konkreten Aktion ein breites Maß an Übereinstimmung erzielen müssen, groß genug, um solidarisch handeln zu können. Das setzt der politischen Auseinandersetzung innerhalb der Organisation bestimmte Grenzen. Diese Grenzen können, wenn nicht willkürlicher Auslegung Tür und Tor geöffnet werden soll, nicht inhaltlich sondern nur formal, als Einhaltung bestimmter Regeln; fixiert werden... Und da geht es nicht, daß innere Auseinandersetzungen schrankenlos und in Formen, die unvermeidlich Fraktionierung produzieren, geführt werden dürfen. Mögen sich Sozialdemokraten, Liberale und Kommunisten außerhalb der Gewerkschaft mit aller Schärfe bekämpfen - innerhalb der Organisation haben Denunziationen von Kollegen als Verfassungsfeinde oder Behördenknechte, Diffamierungen "der" Studenten oder "der" Schulleiter, Grundsatzurteile in welcher Form auch immer über die Politik der SPD oder des KBW nichts zu suchen".

Einheitsgewerkschaft kann nicht heißen, unterschiedliche politische Positionen und Einschätzungen in der Gewerkschaft unter den Teppich - und zwar unter Androhung des Ausschlusses - zu kehren, in der Hoffnung, gewerkschaftliche Kampfkraft zu entfalten. Politische Gegensätze, die auch Konsequenzen für die jeweilige gewerkschaftliche Arbeit haben, müssen in der Gewerkschaft ausgetragen werden. Wir sind allerdings auch nicht der Meinung, daß Diskussionen in der Gewerkschaft, die sich weitgehend losgelöst von konkreten gewerkschaftlichen Fragen bewegen, gewerkschaftlicher Arbeit nutzen. Diese Diskussionen mögen für einige Gewerkschaftsmitglieder "interessant" sein, gehen aber in der Regel von den Wünschen aus und an den konkreten Interessen und Vorstellungen der Mehrheit vorbei. Stehen jedoch konkrete gewerkschaftliche Aufgaben auf der Tagesordnung, so können Zielsetzungen und Maßnahmen nur herausgearbeitet werden, wenn die einzelnen Gruppierungen in der Gewerkschaft diese Aufgaben unter ihren gewerkschaftlichen Vorstellung diskutieren. Hinter diesen Diskussionen werden immer wieder die politischen Positionen auftauchen. Wenn im Mittelpunkt die Frage steht, wie die Kräfte der Mitglieder in den gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen entfaltet werden können, dann müssen die politischen Gegensätze und Gegebenheiten entsprechend offen ausgetragen werden, und zwar unter der konsequenten Praktizierung der Interessen der Mehrheit der Mitglieder. Es muß das in Angriff genommen werden, zu dem die Kräfte vorhanden sind und das kritisiert werden, was sich dem entgegenstellt. Dabei muß klar sein, daß sozialdemokratische Funktionäre jeden Fehler der Linken nutzen, um sie von den Mitgliedern zu isolieren und auszuschalten.

Gerade hier liegt Bückings Illusion. Er glaubt sich absichern zu können gegen die Manöver rechter Bürokraten und Funktionäre, indem er auf rechtsstaatliche und formaldemokratische Prinzipien pocht und sich darauf "festzulegen" versucht. Er hofft, wenn er formal exakte rechtsstaatliche Prinzipien aufstellt und sich daran bindet, auch die herrschenden Bürokraten daran binden zu können. Er scheint noch nicht aus der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung gelernt zu haben, daß rechtsstaatliche und formaldemokratische Prinzipien solange von den herrschenden Gewerkschaftsfunktionären benutzt werden, wie es ihnen und ihrer Machtausübung nutzt. Sollten Bücking und diejenigen Kollegen, die seine Ansichten teilen, diesen Funktionären politisch gefährlich werden, werden diese nicht zögern, mit allen Mitteln - demokratischen oder nicht-Bücking selbst zu isolieren und aus der Gewerkschaft auszuschließen. Das Unterwerfen unter rechtsstaatliche und formaldemokratische Prinzipien wird Bücking nur solange den rechten Sozialdemokraten in der Gewerkschaft bündnisfähig machen, solange sein Handeln deren Macht nicht gefährdet.

Es hat daher keine Aussicht auf Erfolg, seine gewerkschaftlichen Positionen bzw. seine Mitgliedschaft formal absichern zu wollen; in jedem einzelnen Ausschlußverfahren wird es darauf ankommen, ob die Linke stark genug ist, den Ausschluß eines ihrer Mitglieder - in diesem Fall unter Zurückstellung unterschiedlicher gewerkschaftlicher Positionen zu verhindern. Es wird bei der auf die GEW zukommenden Diskussion um die Ausfüllung der Schiedskommissionsordnung wenig Sinn haben, um einzelne Regelungen und Formalisierungen zu feilschen. Es reicht völlig aus, wenn die Schiedsordnung einen breiten formalen Rahmen absteckt. In den auf uns zukommenden Fällen wird sich zeigen, ob sich die Sozialdemokraten durchsetzen können oder ob die Linken bei den Kollegen schon soviel Rückhalt besitzen, daß Ausschlüsse verhindert werden können. Nur die Stärke der Mitglieder selbst - und keine noch so "gute" Ausschlußregelung - wird die bedrohten Kollegen retten können.

GEW Delmenhorst

Ein Erfolg im Kampf gegen Gewerkschaftsausschlüsse

Mitte dieses Jahres führte der GEW-Kreisverband Delmenhorst/Oldenburg-Land II eine briefliche Abstimmung zum Thema "Abgrenzung gegen Radikale" durch, bei der mit großer Mehrheit der abgegebenen Stimmen (Beteiligung nur 54%!) der diese Frage betreffende Bundesbeschuß der GEW und gleichzeitig der Landesbeschuß angenommen wurden. Problematisch war dieses Abstimmungsergebnis insofern, als Bundes- und Landesbeschuß in der Frage der Ausschlußgründe verschiedene Maßstäbe anlegen.^{x)} Die Bedeutung dieses Unterschieds für die politische Auseinandersetzung in der Gewerkschaft sollte sich bald zeigen.

In der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes vom 10. Sept. 74 versuchte die Mehrheit der Vorstandsmitglieder, einen Ausschlußbeschuß gegen die Vorsitzende der Kreis-AJLE durchzusetzen. Ausgelöst wurde dieser Versuch dadurch, daß die Kollegin mehrfach beim Verkauf der Kommunistischen Volkszeitung (Zeitung des KBW) gesehen worden war und auf Befragen erklärt hatte, Sympathisant des KBW zu sein.

In den Mitgliederversammlungen des letzten Jahres waren mehrfach von den älteren Kollegen stark emotional gefärbte Angriffe gegen die Junglehrer der AJLE vorgebracht worden (hervorzuheben wäre, daß daran das zum Teil ungeschickte Vorgehen der Junglehrer in einzelnen Fragen nicht ganz schuldlos war). Die erklärten Gegner der gewerkschaftlichen Ausschlußkampagne mußten deshalb erwarten, daß es angesichts der Stimmung unter den älteren Kollegen nicht möglich sein würde, einen Ausschlußbeschuß zu verhindern. Zudem rechnete man selbst nur mit einem Potential von maximal 40 Ausschlußgegnern bei einer erwarteten Teilnehmerzahl von mindestens 100.

^{x)} Während nach dem Bundesbeschuß schon eine "generelle Solidarisierung" mit "radikalen" Organisationen den Ausschluß ermöglicht, ist nach dem Landesbeschuß die "gerichtliche Feststellung eines Vergehens gegen die demokratische Grundordnung" erforderlich.

Auf der vorbereitenden Sitzung der AJLE am Vorabend der Versammlung war beschlossen worden, alles daran zu setzen, eine möglichst sachliche und ruhige Diskussion des Ausschlußantrages zu erreichen. Vor allem galt es wie schon des öfteren - Ansätze sektiererischen Verhaltens von vornherein zu unterbinden. So neigte gerade die von Ausschluß bedrohte Kollegin häufig zur typisch idealistischen Aufklärerposition des KBW (eine Position, die es weitgehend verhindert, am realen Bewußtsein der Kollegen anzusetzen).

Tatsächlich gelang es, die Auseinandersetzung in der Versammlung im wesentlichen ruhig zu führen (eine der wenigen Ausnahmen: Vergleich der KVZ mit dem "Stürmer"). In den Diskussionsbeiträgen der Ausschlußgegner wurde hervorgehoben, daß der Kollegin nicht ein einziger Fall nachgewiesen werden konnte, in dem sie sich in ihrer Gewerkschaftsarbeit gegen die Beschlüsse des Kreisverbandes gestellt hätte. Sogar die Ausschlußbefürworter sahen sich gezwungen, die gute Gewerkschaftsarbeit der Kollegin anzuerkennen. Des weiteren wurde in der Diskussion darauf hingewiesen, daß besonders der Bundesbeschluß einer Ausschlußwillkür Tür und Tor öffnet. Schließlich mußte selbst der Vorsitzende

zugeben, daß aufgrund der Diskrepanzen zwischen Bundes- und Landesbeschluß unklar sei, wie die nächsthöhere Entscheidungsinstanz (Schiedskommission) bei einer Anfechtung eines Ausschlußbeschlusses reagieren würde.

In der Diskussion zeigte sich anhand des Beifalls, daß die Position der Ausschlußgegner an Boden gewann. Selbst als das Programm des KBW angesprochen wurde (besonders die Frage der revolutionären Gewalt und die Haltung gegenüber den Gewerkschaften), gelang es, die Kritik weitgehend abzuwenden. Hervorgehoben wurde das nach Auffassung der Ausschlußgegner bestehende Recht auf freie politische Betätigung jedes Gewerkschaftsmitgliedes.

In der abschließenden Abstimmung zeigte es sich, daß die Argumentation der Ausschlußgegner Erfolg hatte: Der Ausschlußantrag wurde mit dem Stimmenverhältnis von 51:51 (!) bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Damit wird zwar die Ausschlußkampagne im Kreisverband Delmenhorst/Oldenburg-Land II noch nicht ausgestanden sein, fest steht aber, daß die Ausschlußgegner gestärkt in kommende Auseinandersetzungen eintreten können.

Berichte von der Klöckner-Hütte Bremen

Das gewerkschaftsschädigende Verhalten des W. Kintrup

Am 5.8.74 fand das gewerkschaftsinterne Ausschlußverfahren gegen W. Kintrup statt, der Klöckner nach dem Streik 1973 Anlaß zu dem Versuch gegeben hatte, den Betriebsratsvorsitzenden Heinz Röpke fristlos zu entlassen. Die Hintergründe des gewerkschaftsinternen Ausschlußverfahrens sind der Versuch der SPD-Bremen und des Arbeitsdirektors Sporbeck zusammen mit Klöckner, den Kern harter Arbeitervertreter auf der Hütte fertigzumachen.

Der Versuch scheitert, Heinz Röpke zu entlassen.

Der Betriebsratsvorsitzende war nach dem erfolglosen Streik 1973 beschuldigt worden, aktiv am Streik teilgenommen zu haben. Angebliche Argumente waren dem Unternehmer dazu aus einer Vertrauensleuteversammlung zugetragen worden. Dem Antrag auf Zustimmung zur fristlosen Entlassung folgte der Betriebsrat nicht. Die Belegschaft entwickelte nicht die Kraft und Einigkeit, die nötig gewesen wäre, den Versuch des Unternehmers von vornherein zu vereiteln. Daraufhin versuchte Klöckner in einem Arbeitsgerichtsprozeß die Zustimmung zur fristlosen Entlassung von Heinz Röpke zu erhalten. Während der Verhandlung am 23.11.1973 machte Arbeitsrichter Dr. Gutbrod den Versuch, einen Vergleich herbeizuführen. Der Rechtsanwalt der Hütte (Huschke) lehnte ab und enthüllte, worum es Klöckner wirklich geht:

"!!! Es geht nicht um eine Einigung, sondern um die Entlassung Röpkes. Dieser habe in der Vergangenheit ständig Lohnpolitik gemacht, und er werde es, wenn er bleibe, auch weiter tun."

Der Arbeitsdirektor Sporbeck und Kintrup bekannten sich vor Gericht in ihren Aussagen eindeutig zu dieser geplanten Entlassung und spielten ihre Rolle für Klöckner,

In der Landesarbeitsgerichtsverhandlung vom 9.10.74 gewann der Betriebsrat gegen Klöckner. Dazu schreibt der "Weser-Kurier" vom 10.10.1974:

"Das Landesarbeitsgericht wollte sich von der Stichhaltigkeit der gegen Röpke erhobenen Vorwürfe überzeugen und forderte daher die Arbeitgeberseite auf, die von ihr zum Beweis aufgeführten Zeugen nun auch namentlich zu bekennen. Dies lehnten die Klöckner-Anwälte ab, und zwar mit der Begründung, daß sie die möglichen Zeugen keinen Repressalien aussetzen wollten. Gegen den Beschluß kann Klöckner jetzt nur noch Rechtsbeschwerde einlegen. Wie Direktor Manfred F(e)indler dem WESER-KURIER gestern erklärte, ist im Vorstand bislang keine Meinungsbildung erfolgt. Man wolle zunächst die schriftliche Begründung abwarten".

Die Solidarisierung im Vertrauenskörper

Das Verhalten des Arbeitsdirektors, der sich an der Spitze von leitenden Angestellten gegen die Streikenden 1973 eingesetzt hatte und die Entlassung H. Röpkes betrieb, wurde im IGM-Vertrauenskörper der Hütte scharf kritisiert. Die Handlungen seiner Parteifreunde der SPD-Betriebsgruppe wurden verurteilt und gegen Kintrup ein Ausschlußverfahren beantragt. Gleichzeitig trugen Kollegen die Auseinandersetzungen in die Gewerkschaft hinein und traten in der Öffentlichkeit in dem "Solidaritätsausschuß gegen Unternehmerwillkür" gegen Entlassungen in Bremen auf. Die IGM-Ortsverwaltung beließ Kintrup die Rechte und Pflichten, und das Ausschlußverfahren kam nicht in Gang. Gegen den Willen der Ortsverwaltung, die darauf hinwies, daß sie dadurch in Schwierigkeiten komme, setzte sich ein Antrag im Arbeitskreis der Vorsitzenden der Vertrauenskörper der Metallbetriebe Bremens durch. In diesem Kreis der Obleute wurde die Ortsverwaltung aufgefordert, dem IGM-Mitglied Kintrup die Rechte und Pflichten zu nehmen. Begründung: "Kintrup hat dem Ar-

beitgeber Argumente aus einer Vertrauensleuteversammlung geliefert, die zu der fristlosen Entlassung von H. Röpke führen sollen". In der Diskussion wurde deutlich, daß die Sekretäre der Ortsverwaltung ihren Parteifreund Kintrup schonten, dagegen bei "Linken" sofort die Rechte und Pflichten nehmen, um diese aus der gewerkschaftlichen Arbeit zu entfernen. Es war ein großer Erfolg für die Kollegen auf der Hütte, daß diese Obleute, die überwiegend engagierte SPD-Mitglieder sind, sich mit ihnen solidarisierten. Die Ortsverwaltung erklärte später, daß sie keine Gründe hätte, diesem Antrag zu entsprechen. In der folgenden Zeit wurden die Sekretäre der IGM von Vertrauensleuten der Hütte bei den sich bietenden Gelegenheiten immer wieder mit dem gewerkschaftsschädigenden Verhalten Kintrups konfrontiert und die Verschleppung des Verfahrens kritisiert. Im August 1974 fand die Verhandlung schließlich statt.

An erster Stelle: Die Solidarität.

Die Diskussion im Untersuchungsausschuß brachte das gewerkschaftsschädigende Verhalten von Kintrup ans Tageslicht: W. Kintrup hat zur Verunsicherung der Gewerkschaftsmitglieder beigetragen, weil gewerkschaftsinterne Aussagen dem Unternehmer zugetragen wurden und dadurch jede gewerkschaftliche Arbeit erschwert wurde. Es wurde die Aussage eines Werksvorstandsmitgliedes vor dem Arbeitsgericht zitiert, aus der hervorging, daß Kintrup ihm gesagt hat, daß Betriebsräte Streikposten herangeholt hätten. Dieser Tatbestand ist die Denunziation von IGM-Kollegen beim Unternehmer.

Die Begründung des Untersuchungsausschusses für das gewerkschaftsschädigende Verhalten von Kintrup lautet sinngemäß: Es wird als Verpflichtung jedes Gewerkschafters angesehen, daß Mitglieder der IG-Metall sich solidarisch untereinander gegenüber dem Arbeitgeber verhalten. Parteipolitische und persönliche Gründe dürfen nicht dazu führen, daß ein Mitglied der IGM beim Unternehmen denunziert wird.

Die uneinheitliche Entscheidung der Kommission lautet auf Ausschluß bzw. 2 Jahre Funktionsverbot wegen mildernder Umstände, da W. Kintrup erklärte, er würde es nicht wieder tun.

Die Beisitzer Kintrups waren für Einstellung des Verfahrens. Der Angestellte der Klöckner-Hütte und Beisitzer von Kintrup, Grobecker (CDU), stellte sogar die Solidarität hinter - wie er meint - Gesetzesverstöße von Betriebsräten zurück.

Bis heute ist nicht bekannt, wie das endgültige Urteil der IGM gegen Kintrup lautet.

Inzwischen hat das Landesarbeitsgericht in der Sache der angeblichen Gesetzesverstöße von H. Röpke festgestellt, daß das Unternehmen nichts beweisen kann. Jetzt kommt es darauf an, daß die Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit den unternehmerhörigen Kräften im Betrieb, wie der SPD-Betriebsgruppe und dem Arbeitsdirektor Sporbeck, Früchte tragen. Diesen Gegnern des solidarischen Handelns der Arbeiter muß durch das Aufdecken ihrer wirklichen Taten der Einfluß in der Belegschaft genommen werden.

Von der Passivität zur Aktivität — Kantinenboykott

Am 30. September wurde von der Kantinenverwaltung die Mitteilung ausgehängt, daß die Preise für Lebensmittel, d.h. die Preise für Würstchen, Kotelett, Fisch und was es sonst noch immer zu kaufen gibt, Milch und Limonade, ab 1. Oktober bis teilweise 25 % erhöht werden. Die aktiven Kollegen reagierten zuerst im Kaltwalzwerk dadurch, daß sie in der Kantine große Plakate anschlugen, auf denen sie darauf hinwiesen, daß der Betriebsrat die Erhöhung abgelehnt hat, und dazu aufriefen, die Preiserhöhung durch einen Boykott zurückzuzwingen. Der Boykott kam in der Nachtschicht des 30. September auf den 1. Oktober in Gang, an den nächsten Tagen nicht nur im Kaltwalzwerk sondern auch im Warmwalzwerk und im LD-Stahlwerk. Die Boykottmaßnahme wurde von einem großen Teil der Kollegen durchgeführt und hat - nach Aussage der Kantinenfrauen - die Einnahme für einige Zeit auf 1/10 gedrückt. Mit dieser Aktion haben die aktiven Kollegen einen Schritt auf dem Weg getan, die Einheit unter der Belegschaft im gemeinsamen Handeln gegen den sozialen Abbau herzustellen. Das zeigt den Weg auf, wie die Zersplitterung und Unsicherheit überwunden werden kann.

Die Hintergründe der Auseinandersetzung

Es steht schon lange von der Belegschaft und vom Betriebsrat die Forderung im Raum, daß die Kantinen dem Tag- und Nachtschichtrhythmus angepaßt werden - rund um die Uhr. Es ist so, daß die meisten Kantinen tagsüber und einen Teil der Spätschicht auf haben, dagegen den größten Teil der Spätschicht und nachts geschlossen sind. In der Nacht wird die Versorgung durch einen Kantinenwagen aufrechterhalten, der jeweils eine gewisse Zeit pro Schicht in einem Werkshereich hält. Ist der Kantinenwagen verpaßt, gibt es nichts mehr zu kaufen.

Dem Betriebsrat konnte der Werksvorstand mit den vorgelegten Angaben über die Kosten der Kantinenfirma "Weleg" nicht nachweisen, daß die Preiserhöhungen gerechtfertigt sind. Deshalb drohte der Arbeitsdirektor Sporbeck dem Betriebsrat, wenn dieser seine Zustimmung zu den Preiserhöhungen nicht gibt, die Subventionen abzubauen, z.B. den Zuschuß für das Mittagessen zu streichen. Ferner ließ Sporbeck durchblicken, daß der Ausbau der sozialen Einrichtungen der Kantine wie neue Kantinenräume und durchgehende Öffnungszeiten von der Zustimmung des Betriebsrates zu den Preiserhöhungen abhängig gemacht werden soll. Der Betriebsrat lehnte mit Recht diese Erpressung und die Preissteigerung der Kantine mit einer deutlichen Mehrheit ab.

Sporbeck will von der Rolle der Mitbestimmung ablenken

Die Absicht des Arbeitsdirektors einschließlich seiner getreuen Leute aus der SPD-Betriebsgruppe war weiterhin klar: die Preise sollen erhöht werden, aber mit Zustimmung des Betriebsrates. Die Wut der Belegschaft darüber sollten dann die Betriebsräte ausbaden und nicht die Hintermänner. Sporbecks SPD-Freunde führten zum Schein der Gerechtigkeit zuerst die schönsten Argumente gegen die Preiserhöhungen an. Die Scheinheiligkeit offenbarte sich, indem sie sich zum Schluß "mit Zorn im Bauch" doch für die Preiserhöhungen aussprachen. Die geheime Abstimmung in einer weiteren Betriebsratsitzung brachte knapp die Ablehnung der Forderung Sporbecks - der Werksvorstand mußte jetzt von sich aus die Preise erhöhen. Der Versuch war mißglückt, vor der Betriebsversammlung die Zustimmung des Betriebsrates zu erreichen und so konnte dieser auch nicht von SPD-Betriebsgruppenmitgliedern vor der Belegschaft

diskreditiert werden. Dieses Mauschelspiel war mißlungen - Sporbeck muß nun selbst gerade stehen für seine Rolle und die der Mitbestimmung, die er als Arbeitsdirektor repräsentiert. Der Betriebsrat ist noch einmal davon gekommen - eine Warnung für alle Leichtgläubigen, die nicht die wahren Absichten beim Spiel der Interessen erkennen.

Die Reaktion der Belegschaft.

Obwohl vorher die beabsichtigte Preissteigerung und deren Ablehnung vom Betriebsratsvorsitzenden Heinz Röpke auf der Betriebsversammlung genannt worden war, wurde das erst der Belegschaft klar, als es ihr an den Geldbeutel ging. Es kam zu der Abwehrreaktion. Man muß bei der Boykottmaßnahme sehen, daß sie die Handlung der Betriebsratsmehrheit bestätigt und die Forderung Sporbecks zurückwies. Das allein kann die Preiserhöhung wahrscheinlich nicht zu Fall bringen, ist aber als erste gemeinsame Aktion der Belegschaft nach dem erfolglosen Streik im letzten Jahr eine Warnung an den Werksvorstand. Die Belegschaft sammelt ihre Kräfte. Das ist das Entscheidende für weitere gemeinsame Abwehraktionen gegen sozialen Abbau und auch für die kommende Tarifrunde.

DER ROTE WEDDING

Links, links, links, links!
Die Trommeln werden gerührt!
Links, links, links, links;
der Rote Wedding marschiert!
Hier wird nicht gemeckert, hier gibt es Dampf!
Denn unsre Parole ist Klassenkampf
nach blutiger Melodie!
Wir betteln nicht mehr um Gerechtigkeit!
Wir stehn zum entscheidenden Angriff bereit,
zur Vertreibung der Bourgeoisie!

Roter Wedding grüßt euch, Genossen!
Haltet die Fäuste bereit!
Haltet die roten Reihen geschlossen,
denn unser Tag ist nicht weit!
Drohend stehen die Faschisten
drüben am Horizont!
Proletarier, ihr müßt rüsten!
Rot Front! Rot Front!

Links, links, links, links;
trotz Faschisten und Polizei!
Links, links, links, links!
Wir gedenken des Ersten Mai!
Der herrschenden Klasse blut'ges Gesicht,
Der Rote Wedding vergißt es nicht,
und die Schande der SPD!
Sie wolln uns das Fell über die Ohren ziehn!
Doch wir verteidigen das rote Berlin,
die Vorhut der Roten Armee!

Roter Wedding ...

Links, links, links, links!
Die Fahne weht uns voran!
Links, links, links, links!
Der Rote Wedding tritt an!
Wenn unser Gesang durch die Straßen braust,
Dann zittert der Feind vor der Arbeiterfaust!
Denn die Arbeiterklasse erwacht!
Wir stürzen die Säulen des Ausbeuterstaats
und gründen die Herrschaft des Proletariats.
Kameraden, erkämpft euch die Macht!

Roter Wedding ...

Angst vor Arbeiterliedern

"Am Strand erklang das Lied vom 'roten Wedding' ", meldeten im Juli dieses Jahres Presse und Rundfunk in Bremen.

Hatte 1965 mit einem Zeltlager der Bremer Falken ein sozialistischer Jugendverband dank der Bildzeitung Schlagzeilen gemacht, so stand diesmal eine offizielle Freizeitmaßnahme des Bremer Jugendamtes unter Beschuß. Im "Weser-Kurier" wurde die Stellungnahme eines besorgten Vaters als Artikel im redaktionellen Teil abgedruckt, lange Briefe von Lesern folgten, Radio Bremen ließ Hörer und Beteiligte zu Wort kommen. Und die CDU durfte in diesem Chor natürlich nicht fehlen, sie stellte eine kleine Anfrage in der Bürgerschaft. Politische Indoktrination, Verführung Jugendlicher zu politischen Meinungsäußerungen, deren inhaltliche Konsequenzen sie nicht einschätzen könnten - dies war der Tenor der Kritik.

Die Betreuer der Jugendlichen erklärten: die Kinder hätten im Laufe von Gesprächen über die Weimarer Republik Arbeiterlieder aus jener Zeit von ihnen gehört und von sich aus begonnen, sie zu lernen und mitzusingen. Auf einer Elternversammlung versprachen sie, künftig mit den Eltern besser zusammenzuarbeiten und unter den Arbeiterliedern diejenigen auszusuchen, die für zwölfjährige besonders geeignet seien, z.B. das Lied: "Dem Morgenrot entgegen".

Woher rührt diese Unsicherheit und Aufregung gegenüber Arbeiterliedern, die zur Geschichte der Arbeiterbewegung ebenso gehören wie deren Organisationen, die Gewerkschaften, die Parteien - SPD und KPD -, die Arbeitersportvereine, der Freidenkerverband etc.? Auch in ihnen drückte sich die Erkenntnis der deutschen Arbeiterschaft aus, daß die Befreiung von Not und Unterdrückung ihr eigenes Werk sein muß, daß ihnen diese Aufgabe niemand abnehmen kann, und ihr Wille, sich gegen Angriffe der Unternehmer, des bürgerlichen Staates zu wehren, und diese Gesellschaft zu verändern, bis daß sie menschliche Züge für jeden trage.

Welche Bedeutung diese Lieder für diejenigen Arbeiter hatte, deren Organisationen während des Dritten Reiches 12 Jahre verboten waren, die illegal unter den schwersten Bedingungen gearbeitet hatten, ist den Worten zu entnehmen, mit denen deutsche Kriegsgefangene im englischen Lager Ascot 1945 ihre heimlich gedruckte Liedersammlung eingeleitet haben: "der eigentliche Anfang wurde gemacht, als die ersten genossen hier die 12 jahre lang unterdrückten lieder strophe für strophe, ja manchmal wort für wort aus dem gedächtnis zusammentrugen und sie in der freiwillig-unfreiwilligen 'Freiheit' des kriegsgefangenenlagers wieder singen konnten ... was an unserem liedgut lebendig bleiben wird, wissen wir nicht. aber dessen sind wir gewiß: daß wir auf dem wege zu einer neuen welt - unserer welt - zu den alten liedern auch die neuen finden werden."

Zum Lied "Der Rote Wedding"

Ob der "Rote Wedding" zu den Liedern gezählt wird, die in den kommenden Kämpfen wieder ihren Platz finden werden wir heute noch nicht. Der Berliner Polizeipräsident Zörgiebel (SPD) hatte die Umlage für den 1. Mai 1929 in der Reichshauptstadt verboten lassen. Als die Besetzung Berlins durch die Arbeiterarmee im 19. Jahrestag unter der Führung der SPD erkämpfte Rechte der Arbeiterbewegung durchwiderstand und durch die Arbeiterarmee Berlins demonstrierten, wurde auf Befehl Zörgiebels das Fest gegen sie eröffnet. 23 tote - unerschaffene Männer und Frauen - waren die Bilanz dieses "Blutmai". Das Lied "Der Rote Wedding" hat diese Geschichte als Grundlage in der internationalen Arbeiterbewegung zu einem vielgesungenen Kampflied. Wir drucken hier die von Erich Weimer bearbeitete Fassung ab.

Text: Erich Weimer und Veranschaulichung:
W. Kahlmann, 29 Bremen, Albinstraße 179
Illustration und Vertriebsstelle:
M. Kahlmann, 29 Bremen, Postfach 1011

Doch Besetzung und Teilung Deutschlands als auch das Wirtschaftswunder in der BRD ließ die alten Arbeiterlieder ebenso in Vergessenheit geraten wie die Arbeiterbewegung vor 1933 und schuf auch nicht die Bedingungen für das Finden von neuen. Erst in der Studentenbewegung 1967/68 versuchten die oppositionellen Studenten an den alten Liedern anzuknüpfen und sangen sie auf ihren Demonstrationen; neue Lieder konnten die Studenten, überwiegend Kinder bürgerlicher Eltern nicht schaffen, weil der Boden hierfür fehlte.

Wenn wir in andere Länder schauen, so klingt es uns ganz anders entgegen. In Italien ist der Kampf der Arbeiter am meisten fortgeschritten, weil sie in der Wirtschaftskrise am meisten die Knochen erhalten müssen. Hier entstehen aus der Arbeiterschaft heraus wieder Lieder, die dem Kampf gegen Stilllegungen und gegen die faschistische Gefahr Ausdruck verleihen.

In England, dessen Arbeiterschaft das Rückgrat nie so gebrochen wurde wie hier bei uns, singen z.B. die Bergarbeiter auf ihren Versammlungen, in "ihren" Kneipen ihre Lieder: gegen den Tod in den Gruben, für einen kürzeren Arbeitstag, und daß sie, wenn sie nur einig sind und zusammenhalten, den Kampf schon bestehen werden.

Die amerikanischen Neger, die am stärksten ausgebeutete und isolierte Bevölkerungsgruppe in den USA, entwickelten über Generationen hinweg eine eigene Liedkultur voll Trauer und Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Und das Chile der Unidad Popular, das Chile der Enteignung der Großgrundbesitzer und der Landnahme durch die besitzlosen Landarbeiter, schuf sich in Victor Jara seinen Sänger, der im KZ-Stadion von Santiago verblutete, nachdem die Junta-Schergen ihm die Hände abgehackt hatten, und auf dessen Grab die Bevölkerung trotz des Terrors immer wieder Blumen streut.

Das Bürgertum, das übersehen diese Väter, die so emsig gegen die politische Indoktrination ihrer Kinder durch Arbeiterlieder zu Felde ziehen, ist nicht mehr fähig, Lieder hervorzubringen, die für die Mehrheit der Bevölkerung das Versprechen auf eine bessere Zukunft, auf mehr Menschlichkeit und weniger Unterdrückung zum Inhalt haben. Die Zeit, in der das Bürgertum die historische fortschrittliche Rolle innehatte, in der es in Freiheitsliedern zum Kampf gegen den absoluten Monarchen für bürgerliche Freiheit und Gleichheit aufrief, ist längst vorbei. In Deutschland schloß es nach 1848 seinen Frieden mit Bismarck und wurde unter Obhut des preußischen Königs dank seines Besitzes über die Produktionsmittel, über die Fabriken zur eigentlich herrschenden Klasse. Lieder, die vom Kampf gegen gegenwärtige Unterdrückung und für zukünftige Freiheit berichten, können nur noch unter denjenigen entstehen, die in den Fabriken den Reichtum schaffen - den Arbeitern - und nicht von denjenigen, die von diesem Reichtum leben - den Vertretern des Bürgertums.

Der Nationalsozialismus, die bürgerliche Lösung der Wirtschaftskrise der zwanziger Jahre, zerschlug alle Arbeiterorganisationen, seien sie sozialdemokratisch oder kommunistisch, und versuchte mit den Melodien alter Arbeiterlieder und faschistischem Text den Rattenfänger zu spielen. Und er schuf sich auch eigene Kampflieder; über deren moralischen Abgrund sich heute in der BRD niemand ernsthaft zu streiten wagen würde: "Handgranate in der Faust, Bolschewiki komm heraus! Erst wenn das Judenblut vom Messer spritzt, hei, dann geht's nochmal so gut."

Doch was unsere besorgten Bremer Väter nicht wahrhaben wollen oder können, ist dies: Die einzige Garantie, daß Lieder solchen Inhalts von ihren Kindern nicht gesungen werden, liegt darin, daß sie erkennen, auf welcher Seite vor 1933 das historische Recht und der gesellschaftliche Fortschritt waren. Der Nationalsozialismus

hat gezeigt, daß es keinen bürgerlichen Ausweg aus den kapitalistischen Widersprüchen gibt. Daraus leiten die revolutionären Arbeiter verstärkt ihren Anspruch und ihre moralische Kraft her, für die sozialistische Lösung zu kämpfen.

Unter den Bedingungen des sich anbahnenden sozialen Abbaus wird die westdeutsche Arbeiterschaft die Kraft zum Abwehrkampf gegen die Unternehmerangriffe und damit den Weg zu neuen Liedern finden.

Bericht von einer Veranstaltungsreihe der Volkshochschule

Wohin treibt die Bundesrepublik?

Vom 9. - 13. September organisierte die Bremer Volkshochschule fünf Abendveranstaltungen unter der Fragestellung: "Wohin treibt die Bundesrepublik?" Die ersten drei Abende waren den im Parlament vertretenen Parteien SPD, CDU und FDP vorbehalten. Ob die SPD auf dem Rückmarsch sei oder die FDP vom Liberalismus zum Opportunismus gelange, die CDU auf dem Vormarsch für kapitalistische Ruhe und Ordnung sei - die aufgebotenen Referenten und Diskussionsredner der Parteien bestätigten in gewohnter Weise das eine, verneinten das andere - und umgekehrt natürlich. Das Publikum schloß sich, je nach Variante kleinbürgerlicher Gesinnung den Ausführungen der Parteiredner an. Diskussionsteilnehmer aus dem Publikum griffen in gemäßigter Art einzelne Parteiredner an, ein CDU-Redner wurde z.B. von einem jungen Mann angegriffen, weil er nach seiner Meinung nicht genug auf der SPD herumgehackt habe. Diskussionsteilnehmer aus den Reihen des KBW erhielten für ihre moralischen Anklagen keinen Beifall, zum Teil wurden sie besonders von einigen Oberschülern und Studenten ausgezischt. Neu an den Argumenten vom Podium war nur die "Erkenntnis" des "linken" Professors Immanuel Geiss, daß nach 400 Jahren Ausbeutung der nicht industrialisierten Länder durch die industrialisierten Länder nun der umgekehrte Fall ins Haus stünde und daß man sich darauf einzurichten habe. Der Beifall des CDU-Redners schockierte den Herrn Professor. Neu auch die Erkenntnis des Ortsvereinsvorsitzenden der IG-Druck und Papier Bremen und MdB Grobecker, daß Wissenschaftler in verstärktem Maße die Arbeitsplätze in der Industrie untersuchen sollten, um den Arbeitern und den Gewerkschaften Argumente an die Hand zu geben für die Humanisierung der Arbeitswelt. Weiß Grobecker nicht, was der Inhumanität der Arbeit zugrundeliegt? Es war keiner da, der ihn aufforderte, sich bei seinen IG-Druck-Kollegen Auskunft zu holen.

Ganz anders war die Veranstaltung "Die außerparlamentarische Linke auf ihrem langen Marsch - Sozialismus das Ziel, "Rechtsruck" der Effekt?" - Referent Dr. Rudi Dutschke (heimatloser Linker) und weiterer Redner Dr. Willfried Maier (KBW) - das zieht. Die Veranstaltung wurde wegen des unerwarteten Massenandrangs aus baupolizeilichen Gründen im Schulhof abgehalten; "umfunktioniert", wie der Sprecher der Volkshochschule erklärte.

Dutschke zeichnete ein Bild des Rückgangs der Kraft der außerparlamentarischen Opposition seit 1967, die er sich erklärte aus der Uneinigkeit der Linken, und seine Rede war auf das Ziel einer möglichst breiten gemein-

samen Front der Linken bis hin zur SPD ausgerichtet. Der Hauptgegensatz trat zur DKP auf, stellvertretend für jenen bürokratischen Staatssozialismus in der DDR und SU, der immer noch als Abschreckung der westdeutschen Arbeiter vor dem Sozialismus dient. Was Dutschke dagegen zu setzen hat, ist jedoch nur die Forderung nach Herausarbeitung einer Alternative zu den bestehenden, seiner Meinung nach untauglichen Wegen zum Sozialismus und nach gemeinsamer Aktion der Linken. Er sieht zwar, daß die schematische Übertragung fremder Modelle auf die Bedingungen in Westdeutschland für die sozialistische Bewegung nicht von Nutzen ist und empfiehlt, statt mit einem Bein in Peking und dem anderen in Moskau lieber mit beiden Beinen in der deutschen Wirklichkeit zu stehen. Aber auch er hat der Arbeiterklasse nur seine Vorstellung von Sozialismus, wie er sein sollte, zu bieten und kritisiert die sozialistischen Staaten, weil sie seinen Vorstellungen eines reinen, freiheitlichen, erstrebenswerten Sozialismus nicht entsprechen. Er geht davon aus, daß die Arbeiterklasse sich den Sozialismus zum Ziel setzt, wenn ihr eine richtige Vorstellung davon angeboten werden kann. Er erkennt nicht, daß die Arbeiterklasse sich zum Sozialismus hin orientiert, wenn sie nach dem Scheitern aller Versuche, im Kapitalismus selbst eine Lösung zu finden, dazu gezwungen ist. Er selbst steht außerhalb der Arbeiterbewegung und trägt von außen seine Wünsche an sie heran. Seine subjektive Betrachtungsweise schafft Verwirrung statt Klarheit.

Demgegenüber tritt Willfried Maier vom KBW als Kritiker der SPD-Regierungspolitik auf, der er das Scheitern der Reformpolitik vorrechnet und stellt klar, daß hinter dem Reden von einem Rechtsruck in der BRD die Polarisierung der Klassenkräfte steht, als Ausdruck der Vorbereitung auf kommende Klassenkämpfe. Aus der Unvermeidlichkeit dieses Prozesses schlußfolgert er, daß nur die Revolution der Arbeiterklasse die Widersprüche des Kapitalismus aufheben kann. Die Aufgabe des KBW sieht er darin, eine Niederlage der Arbeiter in den kommenden Klassenauseinandersetzungen zu verhindern. Das Wie bleibt offen. Darum hinterlassen auch seine Ausführungen Unzufriedenheit. Dutschkes Kritik am KBW, daß er dogmatisch und in seiner Struktur des demokratischen Zentralismus autoritär sei, brachte Willfried Maier in ernste Schwierigkeiten. Als Beweis für seine demokratische Gesinnung hob er in der Antwort hervor, daß "damit sogar die Führung des KBW abgewählt werden könne." Die radikalen Reden sollen nur die kleinbürgerliche Grundlage verdecken. Statt dieses Formelnden, das nichts bedeutet und keine Konsequenzen hat, müssen Kommunisten es leisten, als entschiedenster, immer weiter treibender Teil der Arbeiterparteien aller Länder zu handeln, die theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus haben. Daß das nicht geleistet wurde, hinterläßt Passivität und Orientierungslosigkeit bei denen, die sich von dieser Veranstaltung Orientierung versprechen. Auch zwei Arbeiter, die unterschiedlichen politischen Gruppen der Linken angehörten, kamen nicht über die Ebene ideologischer Streitereien hinaus und konnten den Arbeitern unter den Zuhörern keine Orientierung geben. Das ist in diesen Schauveranstaltungen der Volkshochschule sicher schwer zu vermitteln, besonders wenn dieses als Diskussionsredner geleistet werden muß. Das zunehmende Interesse zeigt jedoch, daß es notwendig wird, dies mit den vorhandenen Kräften in Angriff zu nehmen.

Ein Bremer Juso schilderte die Arbeit in der SPD: "Ihr glaubt gar nicht, was das für eine Knochenarbeit ist, sich in der Partei für sozialistische Praxis einzusetzen", womit er sicher Recht hatte. Nur war er noch nicht fähig, die Konsequenzen aus dieser Tatsache zu ziehen, sondern wollte die Zuhörer dafür werben, das gleiche zu tun.

Der CDU-Sprecher erklärte sich für eine Auseinandersetzung mit Linken über den Sozialismus für nicht zuständig. Mit seiner Begründung, daß die erkenntnistheoretischen Gegensätze eine Diskussion unmöglich machen, weil für die Linken nicht die Vernunft, sondern der gesellschaftliche Standort das Wesentliche sei, lenkte er vor den tatsächlichen politischen Gegensätzen ab.

Abgeschlossen wurde die Reihe mit dem Thema "Restauration - Revolution - Reform - Was gibt der Bundesrepublik eine Perspektive?" - Referent Jochen Steffen.

Der Kapitalismus schafft unmenschliche Verhältnisse der Ausbeutung und des Hungers. Seine Krisenhaftigkeit verschärft diese Verhältnisse noch. Mit den bisherigen Mitteln erreicht man allenfalls noch einen "Platz unter dem Gipfel des Ararat, und wird als letzter von der Sintflut geschluckt". Neue Mittel müssen her, die Deiche weiter unten aufgebaut werden. Und da die Krisen von den Konzernen und von den Multis ganz schamlos ausgenutzt werden, muß dagegen eine Gegenmacht errichtet werden - Nivellierung der Einkommen, d.h. Senkung des Wachstums der Realeinkommen. Aus dem so ersparten Geld soll ein vergesellschafteter Energiekonzern auf nationaler, noch besser auf internationaler Ebene geschaffen werden, der dann billig Energie liefert. Dazu müssen wir aber knappe Jahre in Kauf nehmen, um zu den fetten zu gelangen. Eines aber in aller Schärfe und Klarheit: Revolution oder soziale Explosion hat keinen Sinn, der bürgerliche Staat ist dazu zu mächtig. Soweit in Kurzfassung Jochen Steffen. Sein Pech war, daß sein Kontrahent auf dem Podium es schaffte, den "roten Jochen" zeitweise in die Enge zu treiben. Professor Huffschmid gelang es, die ganze Unlogik und "Naivität" der Aussagen Steffens darzustellen. Das Steffen-Konzept Multi gegen Multi als das darzustellen, was es ist, nämlich das Unterwerfen besonderer Kapitalinteressen unter die allgemeinen, wobei die Arbeiterklasse die Kosten dafür zu tragen hätte, indem die Finanzierung eines solchen Energiekonzerns zu Lasten der Reallohnentwicklung gehen soll.

Nervös geworden, rettete Steffen sich mit dem bewährten Mittel des Antikommunismus, nämlich dem Hinweis auf die DDR, die russischen Panzer in der CSSR, die SU (Solschenizyn) usw. - Das Publikum, daß zunächst Steffen feierte, dann durch die Ausführungen Huffschmids sehr nachdenklich wurde und Steffens Zwischenrufe lautstark zurückwies, ließ den neuen Helden auch gleich wieder fallen, denn Huffschmid versuchte die Entwicklung in den sozialistischen Staaten aus den Bedingungen zu erklären, die diese Entwicklung geprägt haben. Bürgerkrieg in der SU, Ausbleiben der Revolution in anderen Ländern, der zweite Weltkrieg, Besatzungspolitik der Siegermächte, Wirtschaftskrieg der BRD gegen die DDR und die Folgen: Flüchtlinge und Mauer. Diese Entwicklung versuchte Huffschmid aus den weltpolitischen Verhältnissen zu erklären. Aber sein Versuch, die Unvollkommenheit der sozialistischen Länder aus den Bedingungen zu erklären, wurde vom Publikum abgelehnt. Steffen konnte sich danach bis Proudhon hin entfalten (Marx hatte sich bereits mit Proudhon utopischem Sozialismus auseinandergesetzt und dessen Rezept zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit als kleinbürgerlich bekämpft) - das Publikum nahm alles dankbar an. Diskussionsredner des KBW versuchten ihre Vorstellungen gegen die Steffens zu stellen. In diesem Luftkampf kam der Routinier Steffen mit Hilfe der bildungsbürgerlichen Mehrheit des Publikums an diesem Abend über die Runden. Ein CDU-Vertreter bescheinigte Steffen nach seinen Ausführungen, daß für ihn auch Platz in den Sozialausschüssen der CDU sei.

Die Frage "Wohin treibt die Bundesrepublik?" ist nicht beantwortet worden. Die Veranstaltungsreihe trug eher zur Verwirrung als zur Orientierung derer bei, die Antwort auf ihre Fragen gesucht hatten.